Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 4.00 durch die Austräger ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 13.50, monatlich Mark 4.50.
Anzeigenpreis: im Amtsblattbezirk der Raum der 11p. Kolonelzeile 1.00 Mk., auswärts 1.40 Mk., einschließl. Anzeigensteuer, im amtlichen Teil die halbe Zeile 3.00 Mk., im Reklameteil die Zeile 4.50 Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr 12296.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.
Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.
Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zeitungsmangel und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 57. **Mittwoch, den 9. März 1921.** **74. Jahrg.**

Gemeinschaftliches Mieteinigungsamt Aue.

Nach der gegenwärtigen Gesetzgebung zum Schutze der Mieter bedürfen alle Kündigungen von Mieträumen der vorhergehenden Genehmigung des Mieteinigungsamtes. Insbesondere sind dieser Genehmigung auch die Kündigungen unterworfen, die zum Zwecke der Mietpreissteigerung erfolgen.

Damit zur Vierteljahreswende die Arbeit auf diesem Gebiete rechtzeitig erledigt werden kann, können Anträge auf Kündigungsgenehmigungen nur bis zum

26. März 1921

beim Mieteinigungsamte Aue, Stadthaus Zimmer 21, entgegengenommen werden. Nach diesem Zeitpunkte eingehende Anträge können mit einer Erledigung bis zum Vierteljahresschlusse nicht rechnen.

Aue, am 8. März 1921. **Das gemeinschaftliche Mieteinigungsamt Aue.**

Schwarzenberg. Brennstoffe.

Die Stadt hält ein reichliches Lager an **Holz** in gesägtem und ofenfertigem Zustande, **Torf**, echt ostfriesischen Brenntorf a Zentner 18,75 Mark, **Flakörbe** das Stück 1 Mark.

Die Abgabe erfolgt an jedermann in jeder Menge gegen Kasse.

Außerdem gibt die Stadt aus ihrem Notstandslager, soweit der Vorrat reicht, an Kranke, Bedürftige und alte Leute Kohlen und Briketts gegen Kasse ab.

Preis für Kohlen 19.— Mark,
Preis für Briketts 13.— Mark.

Meldung und Bezahlung in der Ortskohlenstelle täglich von 8—1 Uhr.

Schwarzenberg, am 21. Februar 1921. **Der Rat der Stadt. — Ortskohlenstelle. —**

Schwarzenberg, Sa. Jahrmarkt betr.

Die Lösezeit für die hiesigen Jahrmarktsstände ist abgelaufen.

Die Neuverlösung der Stände hat auf die Lösezeit 1921 bis mit 1926 und zwar bis spätestens zum 1. Marktag mittags zu erfolgen. Der nächste Jahrmarkt findet am 16. und 17. März 1921 statt.

Schwarzenberg, am 7. März 1921. **Der Rat der Stadt.**

Obererzgebirgische Frauen- und Haushaltungsschule zu Schwarzenberg.

Die Ausstellung der Arbeiten der Schülerinnen findet am

11., 12. und 13. März 1921, nachmittags 2—6 Uhr

in den Räumen der Schule statt.

Zum Besuche wird ergebenst eingeladen.

Anmeldungen zum Besuch der Frauenschule können bis mit 17. März 1921 erfolgen.

Der einjährige Besuch entbindet von dem Besuch der Fortbildungsschule.

Das Lokalpatronat der Obererzgebirgischen Frauen- und Haushaltungsschule.
Amtshauptmann Dr. Kaestner, Vorsitzender.

Die Schulleitung.
M. Wilhelm.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes" in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

Die Londoner Konferenz gescheitert.

—l. Man hat überall in Deutschland mit diesem Ausgange gerechnet. Deshalb überrascht er nicht. Wir wissen ja, was wir von unseren Feinden zu halten haben, und ebenso wissen diese, mit wem sie es zu tun haben. Leider kann niemand behaupten, daß sich das deutsche Volk seit dem Zusammenbruch bemüht hat, der Entente gegenüber sich so darzustellen, wie es eigentlich ist. Es hat sich oft genug von einer Seite gezeigt, die nicht geeignet ist, Hochachtung zu erwecken. Die Türken, zu unserer Schande müssen wir es gestehen, waren uns da über. Nun, wo wir einmal einen Anlauf genommen haben, der an unsere Vergangenheit erinnert, glaubten uns die Feinde nicht und lassen uns abblitzen.

Der Anlauf war kein Sturmlauf. Das war der Fehler. Nur mühselig quälte man sich zu einer Art Einheitsfront der Parteien durch. Kaum hatte sich im Reichstag der Vertreter der stärksten Partei das Geständnis abgerungen, daß die Pariser Forderungen unannehmbar seien, da mußte er den Eindruck schon wieder verwischen, indem er den Feind darauf hinwies, daß das deutsche Volk in sich völlig zersplittert sei. Er könne nicht einsehen, welchen Zweck eine Einheitsregierung für das deutsche Volk habe. Es bedurfte nicht des Dolchstoßes von unabhängiger Seite gegen unseren Verhandlungsleiter in London. Lloyd George und Briand wußten Bescheid: in der Entscheidungsstunde ist Deutschland wieder einmal schwach. Da können sie Simons ruhig nach Hause schicken und ohne Gefahr von neuem zur brutalen Vergewaltigung schreiten.

Wir müssen durch ein neues Tal der Leiden. Vielleicht führt der Weg diesmal zur Läuterung. Vielleicht finden wir nun endlich die Wunderblume, die uns allein aus aller Not helfen kann: die wirkliche innere Einigkeit. Wenn wir zu diesem Ziel gelangt sein werden, dann wird keine Macht der Welt uns ihren Willen aufzuzwingen vermögen.

•

Die entscheidende Sitzung.

London, 7. März. In der Nachmittagssitzung der Londoner Konferenz erklärte **Lloyd George**, daß die **Vorschläge**, die Dr. **Simons** heute gemacht habe, **nicht annehmbar seien** und die Hinausschiebung der Sanktionen nicht rechtfertigen. Die Vorschläge des Dr. Simons entsprächen nur anscheinend der Grundlage der Pariser Beschlüsse, denn sie seien Bedingungen unterworfen, welche sie in den nächsten fünf Jahren umwerfen könnten. Wenn insbesondere das Plebiszit in Oberschlesien ganz oder teilweise ungünstig ausfalle, so sei Dr. Simons berechtigt, zu erklären, daß eine neue Situation geschaffen sei. Es sei kein Vorschlag für fünf Jahre, sondern nur für fünf Wochen. Gewisse Sätze in der heutigen Rede des Dr. Simons zeigten, daß Deutschland die Situation überhaupt noch nicht verstanden habe. Dr. Simons habe von den ungeheuren Opfern gesprochen, die das Provisorium erfordere. Wenn Deutschland dies Jahr die Pariser Beschlüsse ausführe, so würde es für alle Alliierten 125 Millionen Pfund Sterling, also ein Viertel der Summe aufwenden, welche Großbritannien allein aufbringen müsse. Der andere auffällige Punkt sei die **Weigerung** des Dr. Simons, die **Verantwortlichkeit für den Krieg anzunehmen**. Dieser Punkt sei der Fundamentalsatz des Friedensvertrages. Wenn Dr. Simons von einem Vorschlag von fünf Jahren spreche, denn sei es für die Alliierten ein unbehagliches Gefühl, daß nach diesen fünf Jahren eventuell die Frage der Verantwortlichkeit als Revisionsgrund des Friedensvertrages angenommen werden könnte. Die Pariser Beschlüsse stellten einen großen Nachlaß der Versailler Bedingungen dar. Die Alliierten müßten auf zwei Punkten bestehen: 1) müßte unverzüglich der Gesamtbetrag der von Deutschland zu erfüllenden festen Leistungen oder die Faktoren festgelegt werden, die als Basis für ihre Festsetzung dienen sollten, 2) müsse die Zahlungsweise der Annuitäten geregelt werden. Eine definitive Regelung sei unerläßlich. Die Vorschläge, die Dr. Simons unterbreitet habe, könnten nur diese Regelung verzögern. Lloyd George schloß mit der Bemerkung, daß zu ihrem großen Bedauern die Alliierten zu dem Entschluß gekommen seien, **daß die Sanktionen sofort in Kraft treten müßten**. Die Sitzung wurde nur auf eine Viertelstunde unterbrochen, um der deutschen Delegation Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gab Dr. Simons folgende **Erklärung** ab: Herr Präsident, meine Herren! Ich muß bedauern, daß auch heute wieder der Zweck der neuen deutschen Vorschläge mißverstanden worden ist. Auch für uns waren die Nachteile einer provisorischen Regelung nicht zweifelhaft, und wir haben diese fünfjährige vorläufige Regelung nur unter dem Zwange des Ultimatums, das heute endet, vorgebracht, weil wir glauben, eine bestimmte Maßnahme vorschlagen zu müssen. Lieber hätten wir eine Gesamtregelung vorgesehen, und deshalb haben wir ursprünglich eine Gesamtregelung vorgeschlagen. Auch jetzt noch würden wir eine solche weitaus vorziehen. Wir hatten aber keinen zweiten Vorschlag in der Tasche, sondern mußten nach Ablehnung des ersten einen neuen Weg suchen und haben uns um diesen neuen Weg sowohl hier in der Delegation wie in Berlin im Kabinett bemüht. Wir sind beauftragt, und ich habe den Auftrag ausgeführt, die Konferenz um einen kurzen Aufschub zu bitten, um mit dem Kabinett über die Gesamtregelung Fühlung nehmen zu können. Ich stelle fest, daß auch dieser deutsche Vorschlag unbeachtet geblieben ist. Aus dieser Tatsache ergibt sich schon, daß die Besorgnis unbegründet ist, als wollten wir das Provisorium dazu benutzen, um nach seinem Ablauf eine Revision des Friedensvertrages durchzusetzen. Im Gegenteil, daß deutsche Volk hat die Schadenersatzpflicht als Ganzes übernommen und ist bereit, ihr in den Grenzen des Möglichen nachzukommen. Wir sind deswegen auch bereit einzugehen auf den Gedanken des Herrn Präsidenten der Konferenz, wonach den alliierten Regierungen das Recht gegeben werden soll, einen Teil des Preises zu beschlagnahmen, welchen die Käufer in den alliierten Ländern für die aus Deutschland eingeführten Waren zu zahlen haben, damit dieser Teil des Preises an das Schatzamt abgeführt und auf Reparationskonto verrechnet wird. Ich habe diesen Vorschlag meiner Regierung zur Berücksichtigung empfohlen und bedauere nur, daß der Gedanke in der öffentlichen Meinung Deutschlands dadurch geschädigt worden ist, daß er in die Sanktionen aufgenommen wurde. Auch in dem Punkte ist die deutsche Delegation mit dem Gedanken des Herrn Präsidenten völlig einig, daß es jetzt darauf ankommt, mit möglichster Beschleunigung festzustellen, welches die Ziffern der festen Leistungen sind, die durch Deutschland ausgeführt werden müssen und welches die Faktoren der variablen Leistungen sind, welche Deutschland für die Reparationen im Falle des Wiederaufblühens seiner Wirtschaft zu zahlen haben würde. Wir sind ferner einverstanden damit, daß in eine Prüfung eingetreten wird über die Art und Weise, in welcher Deutschland seine festen und variablen Leistungen an die Regierungen der einzelnen Länder machen kann. Ueber alle diese Punkte sollte unseres Erachtens möglichst bald eine Besprechung zwischen Sachverständigen veranlaßt werden. Es ist schade, daß, wenn es zu solchen Besprechungen kommen sollte, dann eine Atmosphäre vorhanden sein würde, welche durch die Einführung der Sanktionen wesentlich verschlechtert sein wird. Ich fühle mich verpflichtet, gegen die Sanktionen, die in diesem Augenblick endgültig über uns verhängt werden, nochmals mit allem Nachdruck **Verwahrung einzulegen**. Die Sitzung war hiermit zu Ende.

•

London, 7. März, abends 8 Uhr. Die deutsche Delegation beabsichtigt, morgen die Heimreise nach Berlin anzutreten. Nach einer Reutermeldung wird der Beginn der militärischen Operationen auf morgen festgesetzt.

•

Duisburg, 8. März. **Ruhrort ist nachts, die Außenviertel von Duisburg sind heute früh gegen 6 Uhr von belgischen Truppen besetzt worden.**

Düsseldorf, 8. März. In der frühen Morgenstunde sind französische Truppen von der Grenze des besetzten englischen Gebietes in die äußeren Stadtteile mit Panzerautomobilen und Kavallerie eingerückt, während einige Flieger die Stadt überflogen. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

• • •

Die letzten Versuche zur Verständigung.

London, 7. März. Die heutige Sitzung der Konferenz verlief in äußerst kühlen Formen; es fand keinerlei Begrüßung, wie sonst, statt. Lloyd George eröffnete die Verhandlungen mit der Frage, was der Reichsminister Simons auf die Befragung der Alliierten mitzuteilen habe. Dr. **Simons** erklärte, die deutsche Regierung lehne es ab, die Pariser Beschlüsse als ein Ganzes anzunehmen, da der Unterschied zwischen den Pariser Beschlüssen und den deutschen Gegenvorschlägen so groß sei, daß kaum eine Brücke von dem einen zum andern geschlagen werden könne. So schlage er **trotz größter Bedenken eine vorläufige Lösung der Reparationsfrage vor**. Deutschland sei bereit, eine vorläufige Regelung für die ersten fünf Jahre auf der Grundlage der Pariser Beschlüsse anzunehmen, feste Jahreszahlungen und daneben eine Abgabe, wobei Deutschland **statt der 12 Prozent Exportabgabe, die unpraktisch erscheine, eine andere Lösung anbiete**. Reichsminister **Simons** ließ aber keinen Zweifel darüber, daß die deutschen Gegenvorschläge nur dann unterbreitet werden würden, wenn sie Aussicht auf Annahme seitens der Alliierten hätten und wenn Oberschlesien bei Deutschland bleibe, sowie Deutschland völlige Handelsfreiheit erhalte. Die Entscheidung darüber, ob die deutschen Gegenvorschläge unterbreitet werden sollen, liege völlig in der Hand der Alliierten. Falls die Alliierten aber auf ein Definitivum beständen, so bitte er um einwöchige Frist, da er sich mit dem Kabinett besprechen müsse. Er halte es angesichts der Lage für seine Pflicht, damit keinerlei Unklarheiten zwischen Deutschland und den Alliierten beständen auf die Donnerstagsrede des englischen Premierministers näher einzugehen.

Nachdem Dr. Simons seine Rede beendet hatte, entspann sich ein kurzes Zwiegespräch zwischen Simons und Lloyd George. Lloyd George: „Sie nehmen also die Pariser Beschlüsse für fünf Jahre an?" Simons: Ja! Lloyd George: Und als Bedingung dafür stellen Sie das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland? Simons: Ja! Lloyd George: Und wenn Oberschlesien nicht beim Reiche verbleibt? Simons: Dann ist eine neue Situation geschaffen. Lloyd George: Und soll die deutsche Endschuld erst nach den ersten fünf Jahren festgesetzt werden? Simons: Nein, es sollen sofort Sachverständigenberatungen darüber stattfinden. Lloyd George: Ist eine Garantie für ein Minimum möglich? Simons: Nein!

Lloyd George schloß dann die Sitzung mit der Erklärung, die Antwort der Alliierten sei ihm nicht zweifelhaft. Da jedoch die Vorschläge der Deutschen geprüft und die Antwort der Alliierten festgestellt werden müßte, so schlage er Vertagung der Sitzung auf ½5 Uhr nachmittags vor. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

In den Kreisen der deutschen Delegation besteht der Eindruck, daß die Antwort der Alliierten ablehnend ausfällt und die sofortigen Sanktionen eintreten.

Was Simons sagte.

London, 7. März. In seiner Rede auf der heutigen Sitzung der Konferenz hob Reichsminister Dr. Simons besonders folgende Punkte hervor:

1. Die Schuldfrage könne weder durch den Friedensvertrag noch durch Zwangsmaßnahmen entschieden werden. Nur die Geschichte könne die Verantwortlichkeit am Weltkriege entscheiden. Wir seien den Ereignissen noch zu nahe. Ob eine einzelne Nation ausschließlich schuldig an diesem Kriege erklärt werden könne, und ob diese Nation Deutschland sei, werde kaum durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages endgültig entschieden werden können.

2. Die Zwangsmaßnahmen seien durch die Vorschriften des Friedensvertrages nicht gerechtfertigt, denn nur drei Stellen sprächen hier, erstens Paragraph 18 Anhang 2 im 8. Teil, zweitens der Schlußabsatz des Artikels 430, drittens Artikel 430. Keiner dieser Paragraphen sei anwendbar.

3. Die Zwangsmaßnahmen ständen auch im Gegensatz zu dem Völkerbundsvertrag. Nach Artikel 17 des Völkerbundsvertrages komme bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Völkerbundsvertrages und einem Staate, der nicht Mitglied sei, das in Artikel 15 vorgesehene Schiedsgerichtsverfahren zur Anwendung. Deutschland sei nicht Mitglied des Völkerbundes, habe aber den Vertrag unterzeichnet. Minister Dr. Simons legte deshalb im Namen der deutschen Regierung feierlichst Protest gegen die angedrohten Zwangsmaßnahmen ein.

Die unterbrochene Nachmittagssitzung.

London, 7. März, 6 Uhr 40 Minuten nachmittags. In der heutigen Nachmittagssitzung der Konferenz erteilte **Lloyd George** die **Antwort der Alliierten**. Die Alliierten seien **leider gezwungen** gewesen, da die deutschen Gegenvorschläge ungenügend seien, die Sanktionen in Kraft treten zu lassen. Den Abschluß eines Provisoriums könnten sie nicht annehmen. Lloyd George begründete dann näher, warum der sofortige Eintritt der Sanktionen notwendig gewesen sei und erklärte weiter, die Welt brauche ein Definitivum. Vor allem zwei Punkte seien es, welche sofort geregelt werden müßten:

1. die Besprechung der Faktoren, welche als Aequivalent für die Ausfuhrabgabe in Betracht kämen, sowie die **Beteiligung der Alliierten an einer Besserung der deutschen Wirtschaft, und**

2. die Art und Weise der Zahlung.

Reichsminister Dr. **Simons** erklärte, daß die deutsche Delegation über die Antwort beraten müsse und zog sich mit der deutschen Delegation in ein anderes Zimmer zurück. **Die Konferenz tagt weiter und erwartet die Antwort der deutschen Delegation, die um 6 Uhr abends noch berät.**

•

Ueber die Verhandlungen und die Ereignisse, die zu der **kritischen Wendung am Montag abend führten, liegen noch eine**